

Sitzungsvorlage

Beratungsvorlagennummer: IX/1085

Öffentlich: **X**

Nichtöffentlich:

Gremium	Sitzungsdatum	TOP Nr.	Zuständigkeit
Haupt-,Wirtschafts- und Finanzausschuss	17.03.2016	9.1	B

Betreff: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.03.2016 Unterstützung der StädteRegion Aachen gegen den Betrieb der AKWs Tihange und Doel

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Optionen einer möglichen Unterstützung der Städteregion Aachen gegen den Betrieb der AKWs Tihange und Doel zu verfolgen und in Abstimmung mit dem Rhein-Kreis Neuss ggf. weitere Schritte einer ideellen Unterstützung vorzubereiten.

Abstimmung: Einstimmig: Ja: Nein: Enthaltung:

Begründung:

Der Betrieb insbesondere des belgischen AKW Tihange wird von vielen anliegenden deutschen Kommunen zwischen Grenzregion und Rheinland sehr kritisch betrachtet. Die StädteRegion Aachen betreibt nach telefonischer Auskunft vom 16.03.2016 hierzu aktuell ein Klageverfahren und ist in der Überlegung zur Vorbereitung eines weiteren Klageverfahrens.

Mit Schreiben vom 14.03.2016 beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den bestehenden Klagen der StädteRegion Aachen beizutreten und hierzu Kontakt mit der StädteRegion Aachen aufzunehmen (Anlage 1).

Nach Auskunft des Städteregionsrates vom 09.03.2016 an den Rhein-Kreis Neuss (Anlage 2), stehen die von dort beauftragten Anwälte „einer gemeinschaftlichen Klage skeptisch gegenüber, da man auf diesem Wege evtl. zu viele formelle Angriffspunkte eröffnet. Sie raten insofern, dass die StädteRegion Aachen und ggf. eine niederländische Kommune 'stellvertretend' das Verfahren betreiben.“ Stattdessen wird die ideelle Unterstützung, auch in Form einer Beteiligung an einem Auskunftersuchen in Richtung EU-Kommission, angeregt. Die Verwaltung empfiehlt, die Optionen einer möglichen Unterstützung der Städteregion Aachen, entsprechend der Sachstandsdarstellung per Mail vom 16.03.2016 (Anlage 3), in dieser Angelegenheit zu verfolgen und in Abstimmung mit dem Rhein-Kreis Neuss ggf. weitere Schritte einer ideellen Unterstützung vorzubereiten.

Allgemeine Angaben:

Zuständige Organisationseinheit:

Büro der Bürgermeisterin

Demografie-Check der Stadt Kaarst

Präambel:

Der Demografie-Check der Stadt Kaarst stellt sicher, bei allen zukünftigen Anträgen und Projekten die Auswirkungen des demografischen Wandels in Kaarst besonders zu berücksichtigen. Damit zielt der Demografie-Check darauf ab, eine demografische Entscheidungsfindung zu gewährleisten und bisher nicht oder eher am Rande bewertete Aspekte bei der Vorlagenprüfung zusätzlich zu benennen, zu prüfen und verstärkt in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die politische Entscheidung sollte sich an dem Ergebnis des Demografie-Checks orientieren.

Ist bei dem Antrag oder dem Projekt der demografische Wandel relevant?

ja nein

Wenn nein, dann wird auf der Beschlussvorlage dieses Kästchen angekreuzt:

Antrag/Projekt hat keine Auswirkungen auf die demografische Entwicklung.

Kaarst, den 17.03.2016

Mitzeichnung

Bürgermeisterin/Beigeordneter	Kämmerer	Bereichsleiter/Bereichsleiterin